Anfragen zum Plenum in der 19. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen (insbesondere ökologischen) Vorgaben die angekündigte Blockchain-Strategie erstellt wird, unter Einbeziehung welcher Akteure (insbesondere aus Parlament, Forschung und Zivilgesellschaft) dies geschieht und welche Vorteile in der Anwendung der Blockchain-Technologie in der öffentlichen Verwaltung gegenüber tradierten Technologien gesehen werden?

Inge Aures
(SPD)

Im Hinblick auf einen Bericht von „Spiegel Online“ vom 28.03.2019 „Wer seinen Pass abgibt, muss zahlen“ (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/reichsbuerger-sollen-in-thueringen-kuenftig-gebuehr-fuer-passabgabe-zahlen-a-1260096.html>), in dem über Bestrebungen der Landesregierung von Thüringen berichtet wird, eine Verwahrungsgebühr für die Verwahrung von Ausweisdokumenten bei den Kommunen einzuführen, wie sie in Schleswig-Holstein bereits eingeführt wurde, da sog. Reichsbürger ihre Ausweisdokumente aus ideologischen Gründen abgeben, frage ich die Staatsregierung, ob und ggf. auf welcher Rechtsgrundlage in Bayern Kommunen zur Entgegennahme bzw. Verwahrung von Ausweisdokumenten verpflichtet sind und ob hierfür Gebühren erhoben werden dürfen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lässt sich der in § 24 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) formulierte Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz in Bezug darauf, dass Anspruch auf einen Ganztagesplatz nur besteht, wenn keiner der Erziehungsberechtigten ein Recht auf eine Teilzeitbeschäftigung hat, mit der Zielsetzung des Koalitionsvertrags vereinbaren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und damit die Möglichkeit für Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie mit Manfred Weber zusammen der Bundesregierung – mit ihren CSU-Kollegen darin – in den Rücken fällt und Manfred Weber (CSU) politisch dabei unterstützt, die vor der Fertigstellung stehende Gaspipeline Nordstream 2 zur Investitionsruine verkommen zu lassen oder ob sie mit der Bundesregierung – und ihren CSU-Kollegen darin – zu-

sammen die Fertigstellung der Gaspipeline Nordstream 2 politisch unterstützt und damit Manfred Weber (CSU) in den Rücken fällt und damit dessen Ehrgeiz, Nachfolger des EU-Kommissions-Präsidenten zu werden und weswegen aus Sicht der Staatsregierung Abhängigkeit von Gas aus Russland nachteiliger sein soll als Abhängigkeit von Gas aus den USA oder dem Nahen Osten?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da im Februar 2019 Mitglieder der rechtsextremistischen Gruppierung „Wodans Erben“ in die Flüchtlingsunterkunft in München-Moosach eingebrochen sind, frage ich die Staatsregierung, ob in diesem Fall strafrechtliche Verfahren eingeleitet wurden (falls ja, bitte mit Einzelauflistung), wie viele weitere solche Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte binnen der letzten zwölf Monate in Bayern bekannt sind (falls ja, bitte mit Einzelaufstellung) und ob die Staatsregierung dies zum Anlass genommen hat, die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz dieser Einrichtungen vor Gefährdung durch rechtsextreme Gruppen zu erweitern?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem das Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Baden-Württemberg wegen Umweltbelastungen mit perfluorierten Verbindungen (PFC) und des Fehlens toxikologischer Referenzwerte sowie rechtlich verbindlicher Höchstgehalte sog. Beurteilungswerte für bestimmte PFC-Vertreter in verschiedenen Lebensmitteln festgelegt hat, frage ich die Staatsregierung, welche Beurteilungswerte bzgl. PFC in Bayern bisher festgelegt wurden (bitte mit Angabe von Datum, Wert und PFC-Vertreter), falls nicht, warum dies bisher nicht geschehen ist und welche Anweisungen und Informationen Staatsregierung und Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bezüglich PFC in Lebensmitteln seit 2010 an die Kreisverwaltungen und andere Behörden herausgegeben haben (bitte chronologisch und unter Nennung aller relevanten Details wie Adressaten, Datum, wesentliche Inhalte, PFC-Vertreter, Maßnahmen etc.)?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Firma B. zur Erweiterung des bestehenden Steinbruchs in der Gemarkung Thüngersheim zwischenzeitlich das neu zu rodende Gebiet eingezäunt hat und dabei auch einen Teil eines Anwandwegs (Fl. Nr. 6111) mit eingezäunt hat, frage ich die Staatsregierung, welche rechtlichen Grundlagen für diese Einzäunung des Waldes vorliegen, ob im eingezäunten Gebiet im südlichen Teil auch ein Teil des Staatswald betroffen ist und welche Behörde die geplante Rodung in diesem Gebiet genehmigt hat?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Aussage und den Tweet von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vom 25.08.2018, dass in Augsburg eine Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung eröffnet wird und die in Reaktion darauf gestellte Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – siehe Drs. 18/175 –, frage ich die Staatsregierung, ob die gemeinsame Konzeptionsphase der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Stadt Augsburg zur geplanten Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Augsburg („Newseum“) inzwischen abgeschlossen ist, ob das

Staatsministerium für Unterricht und Kultus infolgedessen die geplante gemeinsame Absichtserklärung vorlegen kann und ob sie nun konkrete Aussagen zu der inhaltlichen, personellen und finanziellen Ausgestaltung der geplanten Außenstelle treffen kann?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden aus Bayern im Rahmen der Sammelabschiebung nach Afghanistan im April 2019 abgeschoben (bitte einzeln die Aufenthaltsdauer in Deutschland, rechtskräftig verurteilte Straftäter sowie die Straftaten und Strafmaße und den Zahl der anwaltliche Vertretungen auflisten), warum wurde vor der Abschiebung nicht anhand der bekannten Informationen geprüft, ob die afghanischen Staatsangehörigen während ihres bisherigen Aufenthalts im Bundesgebiet besondere Integrationsleistungen erbracht hatten (sollte eine Überprüfung stattgefunden haben, bitte die Ergebnisse der Überprüfung für die Abgeschobenen auflisten) und warum wird in der Abschiebhaft in Eichstätt die Vollmachtzustellung der Insassen an die Anwälte nur per Post akzeptiert?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anrechnungstunden zur Erfüllung der schulpsychologischen Dienste von Schulpsychologen stehen aktuell und planmäßig im Jahr 2022 nach Umsetzung des Programms „Schule öffnet sich“ in Bayern je Schule zur Verfügung (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten entsprechend der Dokumentation „Bayerns Schulen in Zahlen“), auf welche Weise möchte die Staatsregierung die Vertreter des Fachs „Psychologie“ in der universitären Lehrerbildung in Bayern dafür sensibilisieren, die Behandlung der Einzelthemen Depression und weitere psychische Erkrankungen im Schulkontext zu intensivieren und wie werden Schulen in Bayern dabei unterstützt, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte aktiv auch über außerschulische psychologische Betreuungs- und Hilfsangebote zu informieren?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da zusammen mit der Artenschutzkartierung, die vor allem Tierarten erfasst, die Biotopkartierung eine wesentliche Arbeits- und Entscheidungsgrundlage für die Naturschutzbehörden, für Kommunen, aber auch für Planungsbüros und wissenschaftliche Institutionen schafft und nach meinen Informationen der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, versichert hat, dass er die neue Kartierung, die 2014 begonnen wurde, komplett zurückgenommen habe, während andererseits von massiven Obstbaumfällungen auf Streuobstwiesen zum Beispiel in der fränkischen Schweiz berichtet wird, frage ich die Staatsregierung, in welcher Form dafür gesorgt wird, dass bisher vorhandene und durch das Volksbegehren zum Artenschutz zu erwartende Biotopflächen keinen Schaden durch Abholzung oder schwerwiegende Veränderungen erfahren, wie bei europarechtlich geschützten artenreichen Wiesen dafür gesorgt wird, dass Inhaberinnen und Inhaber die biotopgeschützten Flächen vor schwerwiegenden Eingriffen bewahren, um keine erheblichen rechtlichen Konsequenzen nach dem Umweltschadengesetz auf sich zu ziehen und in welcher Form die Inhaberinnen und Inhaber biotopgeschützter Flächen zum effizienten dauerhaften Schutz dieser Flächen unterstützend beraten werden?

Markus (Tessa) Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem bekannt wurde, dass der Verein TeenSTAR in Schulen in Sachsen mit homo- und transphoben Inhalten aktiv ist und dieser Verein in Bayern seinen Sitz hat, frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse liegen ihr über Aktivitäten von TeenSTAR an bayerischen Schulen vor, welche Kenntnisse bestehen im Hinblick auf deren Vernetzung zu offen homofeindlichen Verbänden und wie steht die Staatsregierung zu deren Perspektive, dass eine verantwortliche, verlässliche und liebevolle Sexualität ausschließlich in der Ehe zwischen Frau und Mann realisierbar ist?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird das vom Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Michael Piazzolo, angekündigte Überprüfungsverfahren bzgl. der Mathematik-Abituraufgaben 2019 konkret aussehen (z. B. Methoden, Verantwortliche), in welchem Zeithorizont soll diese Überprüfung stattfinden und welche möglichen Konsequenzen könnten im Falle eines negativen Ergebnisses erfolgen, also wenn am Ende z. B. feststeht, dass Abituraufgaben unverhältnismäßig schwer, zu umfangreich oder in der Art der Fragestellungen für die Schülerinnen und Schüler so nicht nachvollziehbar waren?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurde die 10-minütige Hilfsfrist in München sowie in den einzelnen Regierungsbezirken im Jahr 2018 und im ersten Quartal 2019 bei Einsätzen der Feuerwehr überschritten (bitte aufschlüsseln nach Gemeinde, Wache, Art der Feuerwehr und prozentuale Überschreitung der Hilfsfrist), falls es zu einer Überschreitung der Hilfsfrist kam, wie lange war die Überschreitung und welche Gründe kann die Staatsregierung nennen, die für die Überschreitungen maßgeblich waren?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Personalstärken sind für die mit dem 1. und 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 neu ausgebrachten Stellen vorgesehen (bitte jeweils nach Aufgaben gegliedert auflisten), wie viele Stellen werden bzw. wurden in den Jahren 2009, 2014 und 2019 jeweils für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Veranstaltungen und Medienbetreuung zugeteilt und welche Gebäude werden bzw. wurden für die in Tit. 518 01 in Kap. 0201 des Entwurfs des Staatshaushalts 2019/2020 vorgesehenen Mittel angemietet?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand des Modells zum Gesundheitsbonus (aufgeschlüsselt nach Fach, Klassenstärke, Klassenzuschuss, monatliches Schulgeld und Strukturzuschlag), welche Schulen werden in Bayern durch den Gesundheitsbonus nicht ausreichend finanziert und müssen zusätzliche Gebühren erheben, zum Beispiel in Form von Verwaltungsgebühren, und wie versichert die Staatsregierung den jetzigen Schülerinnen und Schüler, dass der Gesundheitsbonus im dritten Ausbildungsjahr auch noch gezahlt wird?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, warum der Statusbericht Nr. 16 viertes Quartal 2018 und Statusbericht Nr. 17 erstes Quartal 2019 des Externen Controllings der Zukunftsinitiative Deutsches Museum München, gemäß der Beschlüsse vom 15.10.2014 (Drs. 17/3436 und 17/3442) noch nicht erschienen ist bzw. an die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst übersandt wurden und bis wann diese Statusberichte übergeben werden?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele durch Große Beutegreifer (Bär, Wolf, Luchs) nachgewiesene Nutztierrisse und Gehegewildrisse und wie viele nachweislich durch Große Beutegreifer (Bär, Wolf, Luchs) verursachte sonstige Todesursachen bei Nutztieren und Gehegewild gab es in Bayern seit dem Jahr 2000 bis heute (bitte nach Jahren und Nutztierart und Gehegewild aufschlüsseln)?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele finanzielle Mittel sind im Einzelnen im Entwurf zum Doppelhaushalt 2019/2020 für den Bereich Künstliche Intelligenz (KI) vorgesehen und wie viele personelle Stellen sind im Einzelnen jeweils vorgesehen (bitte aufgelistet nach Einzelplan, entsprechender Titelgruppe und Nennung des Titels)?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem das Forstliche Gutachten der bayerischen Forstbehörden von 2018 zur Situation der Waldverjüngung ergeben hat, dass der Verbiss auch in der Region um Schweinfurt einmal mehr zu hoch ist, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um das Waldverjüngungsziel zu erreichen und welchen Zeitplan zur Umsetzung dieser Maßnahmen sie vorsieht?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen leben in Bayern in Vielehe, wie viele Menschen davon haben Asyl beantragt und wie viele Menschen haben die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt (aufgesplittet nach Jahren seit 2010)?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand hinsichtlich einer Voranfrage auf Fördermittel, die von der Stadt Hof im September 2018 an das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr adressiert wurde, welche Förderkulisse ist für Leistungen des Betriebs, Anschaffung usw. im Hinblick auf autonom fahrende Busse, Shuttles bzw. Kraftfahrzeuge im Allgemeinen abrufbar und welche konkreten Überlegungen oder Konzeptionen wurden vonseiten der Staatsregierung im Hinblick auf autonomes Fahren insbesondere in Oberfranken angestellt?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf Zuweisungen aus Bußgeldverfahren und Zweckerträge staatlicher Lotterien und Glücksspiele frage ich die Staatsregierung, welche Vereine und Einrichtungen aus den Bereichen Kultur, Kunst und Film in den Jahren 2010 bis einschließlich 2018 begünstigt wurden, in welcher Höhe die jeweiligen Zuwendungen in den Jahren 2010 bis 2018 ausfielen und nach welchen Kriterien Zuwendungen verteilt und Empfängerinnen bzw. Empfänger ausgewählt wurden?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wird seit der Überführung des Projekts „Sprache schafft Chancen“ vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zum Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration keine staatliche Förderung von 500 Euro pro ehrenamtlich angebotenen Deutschkurs im Kontext dieses Projekts mehr durchgeführt, ab wann ist mit einer Wiederaufnahme der Förderung für diese integrationsfördernde Maßnahme zu rechnen und wofür werden die durch die Aussetzung des Projektes freigewordenen Mittel derzeit eingesetzt?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen wurde den Rechtsträgern der Standesämter empfohlen, auf die Erhebung von Gebühren durch die Umwandlung von Lebenspartnerschaften in Ehen zu verzichten (bitte Rechtsgrundlage mit angeben), wie hoch sind die fiktiven Kosten, die der Staatskasse durch Verzicht auf die Erhebung von Gebühren durch die Umwandlung von Lebenspartnerschaften in Ehen entstanden sind und in welchen Fällen empfiehlt die Staatsregierung außerdem, den Rechtsträgern der Standesämter auf die Erhebung von Gebühren zu verzichten?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem in Wohngebieten verstärkt der Trend besteht, bepflanzte Vorgärten in Steingärten umzuwandeln, was de facto zu einer Flächenversiegelung und Überhitzung von Siedlungen führt, frage ich die Staatsregierung, inwiefern die Regelung in Art. 7 Abs. 1 Bayerische Bauordnung (BayBO) dem Anlegen von Steingärten Grenzen setzt, in welchem Umfang die zuständigen Baubehörden von einem Verbot von Steingärten Gebrauch machen können und welche zusätzlichen Möglichkeiten Kommunen neben § 9 Abs. 1 Nr. 25 Baugesetzbuch (BauBG) haben, um die Umwandlung von Grünflächen in Steingärten zu unterbinden?

Ruth Müller
(SPD)

Nachdem die Staatsministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, Michaela Kaniber, bei der Vorstellung des Agrarberichts in der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 04.07.2018 das Ziel vorstellte, Bayerns Bauern fit für die Zukunft zu machen durch Kooperationen von Landwirten, Bäckern, Metzgern und Wirten im ländlichen Raum, frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser Kooperationen (unterteilt nach Berufszweigen, Landkreisen und Regierungsbezirken) seit dem Agrarbericht im Juli 2018 gebildet wurden und mit welchem monetären Aufwand diese jeweils durch die öffentliche Hand gefördert wurden?

Alexander Muthmann
(FDP)

Nachdem das Kontingent für die Anerkennung von privaten Kraftfahrzeugen als Einsatz- und Kommando-Kraftfahrzeug für die Feuerwehr durch Anwendungshinweise des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration gedeckelt ist, frage ich die Staatsregierung, wie viele Kreis- und Stadtbrandräte, Kreis- und Stadtbrandinspektoren sowie Kreis- und Stadtbrandmeister es in Niederbayern gibt (bitte getrennt auflisten), wie sich für diese Gruppen seit 2014 jeweils die Anerkennungssituation privater Kraftfahrzeuge in Niederbayern darstellt (bitte unter Nennung der erfolgten Anerkennungen sowie der Anzahl der Anerkennungs-

verweigerung wegen Ausschöpfung des Kontingents) und welche Erkenntnisse die Staatsregierung über die Zahl der Fälle seit 2014 hat, in denen diese Anerkennungen für Einsätze konkret genutzt wurden (bitte für die einzelnen Gruppen nach Jahren getrennt auflisten)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da die Förderung der Graduiertenschulen an den bayerischen Universitäten (Ludwig-Maximilians-Universität München, Technische Universität München, Universität Regensburg, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Julius-Maximilians-Universität Würzburg) zum 31.10.2019 ausläuft, frage ich die Staatsregierung, ob seitens des Freistaates die 25-Prozent-Finanzierung der Graduiertenschulen in zugesagter Höhe verstetigt und dauerhaft fortgeführt wird, ob dafür entsprechende Mittel im Entwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 vorgesehen sind und ob der bayerische 25-Prozent-Anteil unmittelbar im Anschluss ab 01.11.2019 an die benannten Graduiertenschulen weiterhin ausgezahlt werden soll?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist die Software, die die Finanzverwaltungen der Bundesländer für die Verwaltung der Grundsteuer verwenden, bundesweit zentralisiert, welches Bundesland ist nach Kenntnis der Staatsregierung federführend bei der Programmierung und Weiterentwicklung der für die Verwaltung der Grundsteuer in der Finanzverwaltung notwendige Software und von welchem Zeitraum geht die Staatsregierung aus, der notwendig ist, um die Software nach dem möglichen Beschluss einer Reform entsprechend einsatzfähig zu machen?

Doris Rauscher
(SPD)

Nachdem die Nachfrage nach der Erzieherausbildung mit optimierten Praxisphasen (OptiPrax) ungebrochen hoch ist, die Träger jedoch mit der Refinanzierung der Ausbildungsstellen im Modellversuch im ersten Jahr alleine gelassen werden, frage ich die Staatsregierung, welche praktischen Ausbildungseinrichtungen sind aus dem Modellversuch wieder ausgestiegen (bitte mit Nennung der Träger und Zahl der weggefallenen Ausbildungsplätze), welche konkreten Varianten prüft die Staatsregierung derzeit, wie die Fördergelder des „Bundesprogramms Fachkräfteoffensive Erzieherinnen/Erzieher“ (auf das sich die Träger eigentlich direkt und ohne Eingreifen der Staatsregierung bewerben können) genutzt werden könnten, um die Ausbildungsstellen in den Praxiseinrichtungen zu refinanzieren, wie dies im Vollzugsbericht vom 01.04.2019 angekündigt wurde, und weshalb gedenkt die Staatsregierung, auf eigene Landesmittel zur Refinanzierung der Praxisstellen zu verzichten, wo sie doch gleichzeitig den großen Gewinn des Modellversuchs in den Vordergrund stellt und die Bundesfördergelder nur für einen Bruchteil der OptiPrax-Ausbildungsstellen reichen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, unterstützt sie das Projekt Nord Stream 2, die aus zwei Leitungssträngen bestehende Erdgas-Pipeline durch die Ostsee von der russischen zur deutschen Küste (falls nein, bitte begründen), welche Rohstoffstrategie verfolgt die Staatsregierung mit Blick auf die mehrfach angekündigten

neuen Gaskraftwerke im Freistaat, und welche Alternativen zu Nord Stream 2 sieht sie unter der besonderen Berücksichtigung der energiepolitischen Versorgungssicherheit?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird das vereinfachte Planfeststellungsverfahren nach § 18d Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) in Verbindung mit § 76 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) für die aktuelle Umplanung beim Vorhaben „2. Münchner S-Bahn-Stammstrecke“ im Bereich des Planfeststellungsabschnitts (PFA) 1, Haltepunkt Hauptbahnhof – u. a. Verschieben des Bahnhofsbauwerkes um ca. 80 m in Richtung Westen, Entfall des Aus- und Zuganges Schützenstraße, Änderungen der Zuwegungen im „Nukleus“ und der Fluchtwege – beginnen, welche Änderungen im Einzelnen gegenüber den aktuell genehmigten Maßnahmen im PFA 1 sollen in dem eben genannten Planfeststellungsverfahren nach § 18d AEG in Verbindung mit § 76 Abs. 3 VwVfG erörtert und ggf. genehmigt werden und schließt sich die Staatsregierung der Auffassung von DB AG und Eisenbahn-Bundesamt an, es handele sich bei den o. g. Planänderungen und damit bei den Abweichungen von den Planungen, so wie diese bisher mit dem Planfeststellungsbeschluss und den beiden Änderungen zum PFA 1 genehmigt sind, um eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen für medizinisches Personal sind in bayerischen Justizvollzugsanstalten derzeit unbesetzt, welche davon sind bereits länger als sechs Monate unbesetzt und was sind nach Ansicht der Staatsregierung die Gründe dafür, dass die Stellen bisher nicht besetzt werden konnten?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezüglich der Zugbestellungen für die Bahnstrecke Augsburg – Ulm frage ich die Staatsregierung, welches stündliche Angebot (Züge pro Richtung) mit Angabe des Fahrtziels (Ulm, Dinkelscherben, Gessertshausen, Langenneufnach) aufgeschlüsselt nach Werktagen, Samstagen und Feiertagen die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) aktuell für diese Strecke vergeben hat, welches stündliche Angebot (Züge pro Richtung) mit Angabe des Fahrtziels (Ulm, Dinkelscherben, Gessertshausen, Langenneufnach) aufgeschlüsselt nach Werktagen, Samstagen und Feiertagen die BEG für den Zielfahrplan 2030 bestellt hat und welchen Fahrplankontakt bzw. welche max. Fahrtenzahlen ein zusätzliches drittes Gleis auf dieser Strecke ermöglichen würde (ggf. mit Fahrplangrafik)?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr über eine Teilnahme bayerischer Neonazis an Konzerten in Italien am 19. und 20. April 2019 – u. a. in der Kleinstadt Cerea – anlässlich des Geburtstags von Adolf Hitler vor, hat die Staatsregierung weitere Erkenntnisse über die Vernetzung der bayerischen Neonazi-Szene mit faschistischen Gruppen in Italien und gab es auch in Bayern Aktivitäten der rechtsextremen Szene anlässlich des Hitler-Geburtstags?

Stefan Schuster
(SPD)

Im Hinblick auf die Aussage der Staatsregierung in ihrer Antwort auf meine Anfrage zum Plenum anlässlich der Plenarwoche in der 14. KW 2019 (Drs. 18/1542) zur Kontrolle von Jugendlichen am 22.03.2019 im Bereich der Hafentreppe am Oskar-Laredo-Platz in Würzburg „In den vergangenen acht Monaten kam es dort immer wieder zu schweren Ordnungs- und Sicherheitsstörungen (z .B. Müllablagerungen, Alkoholmissbrauch durch Minderjährige und Vandalismus) sowie zu schweren Straftaten (u. a. Sexualdelikte, Raubdelikte, gefährliche Körperverletzungen, Betäubungsmittel delikte, Waffendelikte)“ (Zitat aus der Antwort der Staatsregierung) frage ich die Staatsregierung, wie wurden die schweren Ordnungswidrigkeiten von der zuständigen Verwaltungsbehörde geahndet, zu welchen Verurteilungen kam es im Hinblick auf die schweren Straftaten und entspricht die gegenüber der „Main-Post“ erhobene Darstellung betroffener Jugendlicher den Tatsachen, dass sie auf Höhe des Cinemaxx-Kinos aufgegriffen und dann zur rund 200 Meter entfernten Hafentreppe am Oskar-Laredo-Platz, also zu dem „gefährlichen Ort“ nach Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Doppelbuchst. aa Polizeiaufgabengesetz, erst verbracht wurden (<https://m.mainpost.de/regional/wuerzburg/Hafen-Razzia-in-Wuerzburg-Neues-von-der-Polizei;art735,10213335>)?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchen Bedingungen ist es nach ihrer Kenntnis erlaubt, in einem Sondergebiet Biogasanlagen Rinder zu halten, welche Entfernungen zwischen Wohnhaus oder Wohnung des Betriebsleiters bzw. der Betriebsleiterin und Mehrzweckhallen mit Tierhaltung sind zulässig, um als landwirtschaftlicher Betrieb zu gelten und gibt es eine prozentuale Mindestbeteiligung mit der ein Betriebsleiter bzw. eine Betriebsleiterin an einem Betrieb beteiligt sein muss, um landwirtschaftlich privilegiert zu sein?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien Organisationen als politisch motiviert kriminell (PMK) in den Sicherheitsbericht des Polizeipräsidiums Mittelfranken aufgenommen werden, welche Definition das Polizeipräsidium Mittelfranken nutzt, um den Phänomenbereich „Ausländerextremismus“ zu beschreiben und aus welchen Gründen das Alevitische Kulturzentrum Nürnberg als ausländerextremistische Organisation in Mittelfranken in den Sicherheitsbericht aufgenommen wurde?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Brandkatastrophe in Paris frage ich die Staatsregierung, wie der Brandschutz bei den 800 denkmalgeschützten Kirchen in Bayern gewährleistet wird (Standard angeben), bei wie vielen Handlungs- bzw. Finanzierungsbedarf in Sachen Brandschutz besteht und ob Vorschriften und Ausnahmen existieren, die die Gefahren eines Brandes erhöhen?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen Zugverbindungen kam es in den letzten drei Monaten auf der Strecke Landshut – München zu Verspätungen von mehr als zehn Minuten?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist aktuell der festgestellte Bedarf im Vergleich zu der Anzahl der tatsächlich zur Verfügung stehenden Plätze in Kinderkrippen und Kindergärten (aufgeschlüsselt nach Bayern gesamt, den Regierungsbezirken und den dort ansässigen Landkreisen und kreisfreien Städten, jeweils prozentual und absolute Zahl, Kinder über drei und unter drei Jahren)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kapazitäten für Stromspeicher wurden im Jahr 2018 (falls dafür keine Daten vorliegen, bitte das aktuellste verfügbare Jahr verwenden) in Bayern errichtet, welche konkreten Planungen für Stromspeicher über 100 kW sind der Staatsregierung bekannt (bitte um Aufschlüsselung nach Technologien: Pumpspeicher, Batteriespeicher, Power-to-Gas usw.) und wie will sie den Ausbau von Stromspeichern zukünftig unterstützen?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem für den Bau des geplanten Fahrübungsplatzes der Bereitschaftspolizei in Sulzbach-Rosenberg vier Hektar Wald in einem Landschaftsschutzgebiet aufgrund des hohen Flächenverbrauchs gerodet werden müssen, frage ich die Staatsregierung, gibt es in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Ober- und Mittelfranken versiegelte, ungenutzte Flächen, wie z. B. ungenutzte Flugplätze, Gewerbebrachen oder ähnliches, in Trägerschaft des Freistaates Bayern oder des Bundes, die für diesen Fahrübungsplatz genutzt werden können?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Studierende wurden seit April 2005 in das Max Weber-Programm aufgenommen (bitte aufgeschlüsselt nach Frauen, Männern und Regierungsbezirken)?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie an den Kriterien zur Neuabgrenzung der Berggebiete festhalten, sind nach ihrer Ansicht lebensmittelverarbeitende Betriebe wie Molkereien zur Auslobung ihrer Marken an diese Gebietskulisse gebunden und können nach Einschätzung der Staatsregierung diese Betriebe eigene Kriterien zur Auslobung bestimmter Marken, z. B. Bergbauernmilch, aufstellen?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat sie zur Umsetzung von § 83 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Leistungen zur Mobilität im Rahmen der sozialen Teilhabe – in Bayern, besteht hier nach ihrer Auffassung ein Widerspruch zur geltenden Kraftfahrzeughilfe-Verordnung, und wird sich die Staatsregierung im Bundesrat für eine Reform der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung im Hinblick auf soziale Teilhabe einsetzen?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Haushaltsmittel für den Denkmalschutz zur Verfügung stehen (bitte aufgeschlüsselt nach Mittel für den Entschädigungsfond, Personal, Bodendenkmalschutz, Baudenkmalschutz, die Bayerische Schlösser- und Seenverwaltung und aufgeschlüsselt nach Jahren seit 2003), welche Pläne sie zur CO₂-Einsparung im Bereich Denkmalschutz (beispielsweise Förderung von erneuerbaren Energien oder energeti-

sche Sanierungen) hat und wie hoch sie den Sanierungsbedarf von Kirchengebäuden in Bayern einschätzt?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, haben Traditionsschützenverbände, wie der Bund der Bayerischen Gebirgsschützen, nach ihrer Kenntnis im Rahmen der Änderung der Waffenverordnungen der EU und deren aktuelle Umsetzung in nationales Recht mit Veränderung beim Besitz, Führen und Erwerb von Vorderladerwaffen zu rechnen, haben Traditionsschützenverbände, wie der Bund der Bayerischen Gebirgsschützen, nach Kenntnis der Staatsregierung im Rahmen der Änderung der Waffenverordnungen der EU und deren aktuelle Umsetzung in nationales Recht mit Veränderung beim Besitz, Führen und Erwerb von untauglichen Dekorationswaffen zu rechnen und haben Traditionsschützenverbände, wie der Bund der Bayerischen Gebirgsschützen, nach Kenntnis der Staatsregierung im Rahmen der Änderung der Waffenverordnungen der EU und deren aktuelle Umsetzung in nationales Recht mit Veränderung beim Führen von Vorderladerwaffen, Karabinern (z. B. „K98“) oder anderer scharfer Waffen sowie Dekorationswaffen in der Öffentlichkeit bei Ausübung ihrer Traditionen zu rechnen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten, neuen Mittel oder Projekte erfüllen aus ihrer Sicht das Versprechen von 1,5 Mrd. Euro durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Schlossgartenfest 2018 für die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), in welcher Höhe sind seither Mittel geflossen oder verbindlich zugesagt und was unternimmt die Staatsregierung konkret, um für den Ersatz oder die Renovierung von Gebäuden der FAU zu sorgen, deren Betriebsgenehmigung ohne solche Maßnahmen in absehbarer Zeit abläuft (bspw. der Philosophischen Fakultät/Audimax, der Chemie oder Erziehungswissenschaftlichen Fakultät) bzw. solchen, die renovierungsbedürftig sind, bspw. Schloss in Erlangen (bitte Zeitplan und konkrete Planung der Staatsregierung auflisten)?